


WILDE BEUGER SOLMECKE
RECHTSANWÄLTE



 » [News](#) » [Medienrecht](#) » Staat darf keine Presse sein: BGH zu redaktionellem Gemeinde-Amtsblatt

Staat darf keine Presse sein

BGH zu redaktionellem Gemeinde-Amtsblatt



20.12.2018

Städtische Veröffentlichungen wie amtliche Mitteilungen und Informationen über Vorhaben der Kommunalverwaltung und des Gemeinderats dürfen zwar in Form von Amtsblättern veröffentlicht werden. Allerdings dürfen sie dabei nicht zu presseähnlich sein. Dies hat der BGH entschieden.



© industrieblick - Fotolia.com

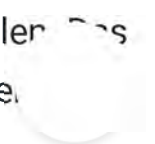
#208750290

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat heute entschieden, dass eine Kommune nicht berechtigt ist, ein kommunales Amtsblatt kostenlos im gesamten Stadtgebiet verteilen zu lassen, wenn dieses presseähnlich aufgemacht ist und redaktionelle Beiträge enthält, die das Gebot der „Staatsferne der Presse“ verletzen (Az. **I ZR 112/17**).

Worum ging es?

Die Kommunalverfassungen der Bundesländer legen fest, dass die jeweilige Gemeinde bestimmen muss, wo sie die öffentlichen bzw. amtlichen Bekanntmachungen veröffentlicht. Gemeinden nutzen hierbei häufig gerne das sogenannte Amtsblatt. So auch die im Verfahren beklagte Stadt.

Ein privates Verlagsunternehmen ging gegen die Verbreitung eines solchen Amtsblatts gerichtlich vor. Denn der Verlag bot im Stadtgebiet der Beklagten sowohl eine kostenpflichtige Tageszeitung als auch ein kostenloses Anzeigenblatt an. Die beklagte Stadt veröffentlicht seit dem Jahr 1968 unter dem Titel „Stadtblatt“ ein kommunales Amtsblatt, das aus einem amtlichen, einem redaktionellen und einem Anzeigenteil besteht. Der wöchentliche Vertrieb erfolgte zunächst kostenpflichtig im Abonnement sowie im Einzelhandel. Seit dem 1. Januar 2016 ließ die Stadt allerdings das „Stadtblatt“ kostenlos an die Haushalte im Stadtgebiet verteilen. Das Unternehmen sah darin einen Wettbewerbsverstoß und machte in de.



einen Unterlassungsanspruch aus § 3a des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) in Verbindung mit Artikel 5 Absatz 1 Satz 2 des Grundgesetzes (GG, Gebot der Staatsferne der Presse) geltend.

Die Vorinstanzen

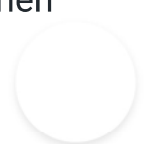
Die Stadt unterlag in den Vorinstanzen sowohl vor dem Landgericht (LG) Ellwangen und dem Oberlandesgericht (OLG) Stuttgart. Die Richter am OLG Stuttgart vertraten die Auffassung, dass Amtsblätter, wie das Stadtblatt, nicht über das gesamte politische und gesellschaftliche Leben der Gemeinde berichten dürften. Die OLG-Richter untersagten daher vorläufig die kostenlose Verteilung des „Stadtblatts“.

Entscheidung des BGH

Der BGH schloss sich dieser Auffassung nun an. Die Stadt sei zur Unterlassung verpflichtet, weil sie mit der kostenlosen Verteilung des „Stadtblatts“ gegen das Gebot der Staatsferne der Presse verstoße. Dass die Stadt rechtlich legitimiert sei, ihre Bürger*innen zu informieren, erlaube ihr jedoch nicht jegliche pressemäßige Berichterstattung.

Staatliche Publikationen müssten eindeutig – auch hinsichtlich Illustration und Layout – als solche erkennbar sein und sich allein auf Sachinformationen beschränken. Unzulässig sei eine pressemäßige Berichterstattung über das gesellschaftliche Leben in der Gemeinde. Denn dieser Bereich sei Aufgabe der lokalen Presse und nicht des Staates. Es gelte: Je stärker die städtische Publikation den Bereich der zulässigen Berichterstattung überschreite und bei Bürger*innen den Eindruck einer vergleichbaren privaten Zeitung erzeuge, desto eher sei das Gebot der Staatsferne der Presse verletzt.

RA Solmecke: „Das Urteil des BGH wird nun weitreichende Folgen für zahlreiche Kommunen in ganz Deutschland haben. Denn zahlreiche Amtsblätter werden neben amtlicher Mitteilungen und Informationen über Vorhaben der Kommunalverwaltung und des Gemeinderats, auch mit Gemeinderelevanten redaktionellen Inhalten versehen. Diese müssen nun angepasst werden und verlieren neben der reinen kommunalen Information maßgebliche Inhalte.“



Jura Basics: Die Pressefreiheit | Rechtsanwalt Christian Solmecke



Autor

Christian Solmecke

Christian Solmecke ist Partner der Kanzlei WILDE BEUGER SOLMECKE und insbesondere in den Bereichen des IT-, des Medien- und des Internetrechts tätig. Darüber hinaus ist er Autor zahlreicher juristischer Fachveröffentlichungen in diesen Bereichen.



Aktuelle Artikel zum Thema Medienrecht





Zustellungen an Facebook Ireland

Facebook kann Deutsch

10. Januar 2020 Deutsch ist die Sprache der Dichter und Denker – und...

[Weiterlesen →](#)



Verbotene Inhalte bei WhatsApp

Verbreiten und Teilen kann strafbar sein

7. Januar 2020 WhatsApp wird weltweit von über einer Milliarde Menschen genutzt. In letzter...

[Weiterlesen →](#)



Ibiza-Video-Ermittlungen gegen SZ-Journalisten eingestellt

War das Filmen und Veröffentlichen legal?

9. Dezember 2019 Das auf Ibiza aufgenommene Skandal-Video, das u.a. den österreichischen FPÖ-Ex-Vizekanzler...

[Weiterlesen →](#)

BVerfG zum Recht auf Vergessenwerden in Online-Archiven: Auch Mörder haben Recht auf Löschung

29. November 2019 Auch einem verurteilten Mörder steht...

Herbert Grönemeyer-Prozess: BGH bestätigt Bewährungsstrafen gegen Paparazzi

8. November 2019 Zwei Paparazzi hatten Strafanzeige gegen Herbert...

Satirische Fotomontage in ZDF „Heute-Show“: Muss Polizist Kiffer-Bild dulden?

7. November 2019 Derzeit sorgt ein manipuliertes Foto...

[Alle Artikel anzeigen →](#)



Soforthilfe vom Anwalt

Sie brauchen rechtliche Beratung? Rufen Sie uns an für eine kostenlose Ersteinschätzung oder nutzen Sie unser Kontaktformular.

Jetzt Kontakt aufnehmen

oder

0221 / 57 14 32 8425



Materialien & Tools

Abmahncheck

Datenschutzgenerator

FAQ zum Filesharing

FAQ zur DSGVO

FAQ zu Waldorf

Frommer

Abgasskandal

Bußgeldkatalog

Publikationen

Wir vertreten Sie

IT Recht Kanzlei

Urheberrecht

Abmahnung

Filesharing

Verkehrsrecht Anwalt

E-Commerce

Datenschutzrecht

Abstandsmessung

Markenrecht

Arbeitsrecht

Alle Tätigkeitsgebiete
ansehen

WBS

Kanzlei

Tätigkeitsgebiete

Karriere

Presseanfragen

Newsletter

Kontakt

Wilde Beuger Solmecke

Rechtsanwälte Partnerschaft mbB

Kaiser-Wilhelm-Ring 27-29

50672 Köln

Deutschland

Tel.: 0221 / 57 14 32 8425

Fax: 0221 / 400 67 552

E-Mail: info@wbs-law.de

Impressum

Datenschutzerklärung | Cookies



[648 Bewertungen auf ProvenExpert.com](#)

